

Pflege und Personal treiben Kosten



Die Finanzsituation des Kreises Düren ist angespannt, aber bei weitem nicht so dramatisch wie zunächst angenommen. Fotos: Sandra Kinkel



SANDRA KINKEL

Risiken, Ausgaben und Einnahmen im Kreis-Haushalt erklärt. Kämmerer Dirk Hürtgen plant mit einem Defizit von sechs Millionen Euro. Steigende Personalkosten trotz weniger Stellen.

KREIS DÜREN Die Situation ist ernst, aber bei weitem nicht so dramatisch wie zunächst angenommen: Der Kreis Düren rechnet für 2026 mit Aufwendungen von rund 860 Millionen Euro und Erträgen von 854 Millionen Euro. Unter dem Strich bedeutet das ein Minus von rund sechs Millionen Euro.

Am Dienstag hat Kreiskämmerer Dirk Hürtgen sein mehrere hundert Seiten starkes Zahlenwerk in den Kreisausschuss eingebracht, am Mittwoch haben Bürgermeisterin Marion Schunck-Zenker und ihre 14 Amtskollegen aus dem Kreis Düren zum ersten Mal über den aktuellen Kreisetat diskutiert. Wenn alles nach Plan von Kämmerer und Landrat Dr. Ralf Nolten (CDU) läuft, soll der Haushalt Ende Juni vom Kreistag verabschiedet werden. Wir erklären einige wichtige Eckpunkte des Etats.

Wofür gibt der Kreis Düren fast 860 Millionen Euro aus? Der weitaus größte Teil des Kreishaushalts, nämlich mehr als 610 Millionen Euro, sind Transferaufwendungen,

beispielsweise an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) und den Nahverkehr Rheinland. Allein an den Landschaftsverband zahlt der Kreis Düren in diesem Jahr rund 100 Millionen Euro. Der LVR übernimmt zentrale soziale und kulturelle Aufgaben, insbesondere in der Behinderten- und Jugendhilfe. Der LVR ist etwa der größte Träger für Leistungen an Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Er finanziert ambulant betreutes Wohnen, Werkstätten für behinderte Menschen und Eingliederungshilfen. Darüber hinaus zahlt der Kreis Düren weit mehr als 140 Millionen Euro für die Jugendhilfe und hohe Zuschüsse zur Hilfe zur Pflege und Hilfe zur Gesundheit. Dirk Hürtgen: „Die Aufwendungen, die der Kreis für Menschen hat, die Leistungen aus dem SGB II, also dem Bürgergeld, und SGB III, der Arbeitsförderung, zahlt, sind hoch, aber nicht das größte Problem für den Haushalt, da sie nicht stark wachsen. Die Anstiege bei den Hilfen zu Pflege und Gesundheit und der Jugendhilfe sind dagegen viel dynamischer.“

Der zweitgrößte Posten der Aufwendungen des Kreisetats sind die Personalkosten (rund 100 Millionen). Für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen – das ist der kleinste Posten der Aufwendungen – werden gut sieben Millionen Euro gezahlt.

Der Kreis, hat Kämmerer Hürtgen in der Kreisausschusssitzung betont, habe wenig Einflussmöglichkeiten, was seine Aufwendungen angehe. Und so ist auch die Liste der wichtigsten Investitionen verhältnismäßig überschaubar. 30 Millionen Euro (50 Prozent sind refinanziert) investiert der Kreis im nächsten Jahr in den Neubau des Nelly-Pütz-Berufskollegs, wo in der vergangenen Woche Richtfest gefeiert wurde. Knapp 15 Millionen Euro sind investive Zuschüsse für Kindertagesstätten an sonstige Träger, knapp zwölf Millionen will der Kreis für Tiefbaumaßnahmen ausgeben. Je drei Millionen Euro sollen für die Modernisierung der kaufmännischen Schule an der Euskirchener Straße in Düren und des Berufskollegs Jülich sowie den Neubau der Kreisstraßenmeisterei gezahlt werden.

Warum steigen die Personalkosten, obwohl der Stellenplan des Kreises Düren um 25 Vollzeitstellen reduziert wurde? Die Personalkosten steigen in der Tat im Vergleich zum Vorjahr deutlich um rund drei Millionen Euro. Das, so der Kämmerer, sei ausschließlich auf die hohen Tarifsteigerungen zurückzuführen.

Wie entwickeln sich die Kosten für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)? Die ordentlichen Aufwendungen für den Personennahverkehr liegen im Jahr 2026 bei rund 30 Millionen Euro. Demgegenüber gibt es Erträge von knapp zehn Millionen Euro. Um zukünftig „ein dezidiertes Preisschild“ für den ÖPNV zu haben, habe er eine neue ÖPNV-Umlage vorgeschlagen, sagte Landrat Dr. Ralf Nolten.

Wie soll die genau aussehen? Die ÖPNV-Umlage ist geteilt. Wie viel die Kommunen bezahlen müssen, berechnet sich zu 50 Prozent aus den Steuereinnahmen der

Kommunen. Die zweite Hälfte wird ebenfalls unterteilt: 70 Prozent entfallen auf die Linienzeit, also die Personalkosten, 30 Prozent auf die Kilometerleistung, also die Fahrleistung. Kommt die Umlage, muss die Stadt Düren nach dieser Berechnung rund acht Millionen Euro zahlen, Jülich knapp drei und Niederzier und Kreuzau immerhin noch gut eine Million Euro.

Welche Erträge hat der Kreis Düren? Die größten Einnahmen sind die Umlagen, die die 15 Städte und Gemeinden zahlen, und die Schlüsselzuweisungen des Landes NRW. Im Jahr 2025 lagen die bei gut 40 Millionen Euro, für 2026 erwarten der Kämmerer und sein Team etwa fünf Millionen Euro mehr. Weil die Steuerkraft in allen 15 Städten und Gemeinden des Kreises Düren im vergangenen Jahr gestiegen ist, steigen auch die Einnahmen durch Kreis- und Jugendamtsumlage – obwohl die Hebesätze nahezu stabil bleiben sollen. Mit der Kreisumlage nimmt der Kreis Düren im Jahr 2026 knapp 207 Millionen Euro ein, mit der Jugendamtsumlage knapp 134 Millionen Euro. Sollte die Politik sich für eine Einführung der ÖPNV-Umlage entscheiden, erwartet der Kämmerer dadurch Einnahmen in Höhe von rund 21 Millionen Euro.

Welche Kommunen zahlen die höchsten Umlagen? Was die Kreisumlage angeht, zahlen – wenig überraschend – die beiden großen Städte den höchsten Anteil, Düren 43 Prozent und Jülich immerhin noch 13 Prozent. Jeweils fünf Prozent zahlen Kreuzau, Niederzier und Aldenhoven. Ein Prozent Kreisumlage entfallen auf die Stadt Heimbach.

Jugendamtsumlage: Weil die Stadt Düren ein eigenes Jugendamt hat, zahlt sie keine Jugendamtsumlage. Hier zahlt Jülich mit 22 Prozent den höchsten Anteil, gefolgt von Niederzier und Kreuzau (jeweils neun Prozent) sowie Aldenhoven, Langerwehe und Linnich (jeweils acht Prozent).

Was sind Chancen und Risiken des vorgelegten Haushalts? Chancen sind aus Sicht des Kämmerers unter anderem das neue Anmeldeverfahren samt Wiedereinführung der Gebühren für Kindertagesstätten, die Fortschreibung des Mosik-Projektes mit dem klassenweisen Einsatz von Integrationshelfern, aber auch die weitere Förderung aus Strukturwandekmitteln und Zuwendungen aus dem NRW-Infrastrukturgesetz. Risiken sind steigende Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen, aber auch die bereits geplante Steigerung der Landschaftsumlage.